Condensirte Milch. Bereitet aus reiner bester ungewässerter Kuhmilch. Fabrik-Marke Gesetzl. Gesch. Dresdner Molkerei Gebrüder Pfund. DRESDEN, Bautzner-Str. LONDON, Bury-Street. Z. h. i. all. Apothek., Droguenhdlg. u. Geschäft. f. Nahrungsmittel.

# Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück. Dresden, 1891.

Dr. Kadner's Sanatorium. Diätetische Kuranstalt Niederlössnitz b. Dresden. für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

N. Salm (Inh.: Rich. Wiedner) Special-Fabrik geprägter Siegelmarken Plauen b. Dr., Kaitzerstrasse 17 (Fernsprechanschluss 1141) empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel u. Gravirarbeiten jeder Art.

Morgenkleider vom einfachsten bis zum hochfeinsten Genre. Weihnachtsbestellungen erbitte rechtzeitig. Flanell-Waarenhaus W. Metzler, 9 Altmarkt 9.

Lederwaaren-Specialität! Portemonnaies, Cigarrenetuis, Damentaschen, Albums etc. Grösste Auswahl in allen Preislagen! Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3, nächst dem Altmarkt.

Glaswaaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl Wilh. Rihl & Sohn, Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Tuchwaaren- Grosso- und Detail-Geschäft. Pörschel & Schneider 19 Scheffelstrasse 19 (kleines Rauchhaus). Tuchwaaren- Grosso- und Detail-Geschäft.

Nr. 332. Spiegel: Bergarbeiter-Bewegung in Frankreich, Verurtheilung des Erzbischofs von Aix. Hofnachrichten, Landtag, Stadtverordnetenwahlen, Stadtverordnetensitzung. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Concert Buchmayer. Sonnabend, 28. November.

## Politisches.

Der Norden Frankreichs steht unter dem deprimirenden Einfluß einer Bewegung, die nicht zum ersten Male dort emportaucht und, wie gewöhnlich, nicht die direkt Betheiligten allein, sondern auch weite Kreise der ganzen Bevölkerung in ihre Kreise zieht. Die Bergarbeiter zahlreicher Gruben haben die Arbeit niedergelegt, zu der anfänglich geringen Zahl der Streikenden haben sich immer neue Schaaren gesellt und der Geist der Auflehnung ist mächtig genug gewesen, um zu Straßenaufständen und zum Blutvergießen zu führen. Zwar sind solche Scenen, wie sie sich vor einigen Monaten an den unseligen Namen Fourmies und an den Namen des dortigen Unterpräfekten Isaak knüpften, bisher noch glücklicherweise vermieden worden, aber es ist noch nicht aller Tage Abend, und wenn die Hütten- und Bergwerksbesitzer sich nicht zu Zugeständnissen verstehen, so steht zu befürchten, daß die Erregung in gleicher Weise dennoch emporschäumt.

Die Distrikte, um welche es sich handelt, sind namentlich die Departements du Nord und des Pas de Calais, die nicht allein für die Kohlenproduktion Nordfrankreichs, sondern auch für die Gesammtindustrie des Landes von hervorragendster Bedeutung sind. Auch bei dieser Ausstandsbewegung trifft das gewöhnliche Merkmal solcher sozialen Reflexerscheinungen zu, daß das Recht und Unrecht auf beiden Seiten ziemlich gleichmäßig vertheilt ist und daß man sich in den Sympathieen, die gewöhnlich zunächst dem Arbeiterthum als der wirthschaftlich schwächeren Klasse zufließen, durch die Uebertreibung ihrer Forderungen behindert sieht. Die letzte Ursache hierfür liegt, wie fast immer in Deutschland, so auch jetzt in Frankreich darin, daß Bestrebungen rein sozialer Art, Bestrebungen, die ursprünglich nur Mißstände abstellen und wohlthätige Neuerungen einführen sollen, von der Sozialdemokratie aufgegriffen und aus dem sozialen in das politische Gebiet hinübergezogen werden. Man wird sich erinnern, wie der große Bergarbeiterausstand in Deutschland gerade hierdurch zu einem Ende gelangte, das den Interessen der Arbeiter keineswegs in dem von ihnen gewünschten Sinne entsprach. Auch im nordfranzösischen Kohlenrevier tritt die Verquickung ökonomischer Fragen mit politischen Bestrebungen der Erfüllung der Arbeiterwünsche hemmend entgegen. Die sozialistischen und anarchistischen Deputirten bereisen nach den Berichten französischer Blätter das Streikgebiet unaufhörlich; sie düngen durch aufreizende Reden das Feld der Unzufriedenheit und bauen das Land an, um dereinst die Früchte der Revolution von demselben zu ernten. Die Forderungen der Arbeiterschaft gipfeln in dem von jedem Streik fast unzertrennlich gewordenen Achtstundentag und in der Feststellung eines täglichen Tagelohnes von 5½ Francs. Sie fordern außerdem eine Revision der Bergwerksordnungen und der Hilfskassen. In gewissem Sinne richtet sich das Vorgehen der Bergarbeiter auch gegen die Lässigkeit der Regierung, die bekanntlich in Frankreich stets sich mit derartig großen Rosinen zu schaffen macht, daß sie „Kleinigkeiten", wie die Durchführung von Hilfskassen, jahrelang verbummelt. Bereits vor einem Decennium genehmigte die Kammer einen Entwurf, durch welchen eine obligatorische Hilfs- und Pensionskasse organisirt werden soll aus gemeinsamen Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber. Der Senat hat seinerzeit sich nicht von seiner manchesterlichen Kutte lösen und die zahlreichen Regierungen, die in diesem Zeitraum an's Ruder gelangten, nicht die Energie finden können, die wichtige Angelegenheit gegen den Willen des Senates durchzudrücken. Die Folge des bezeichneten Mangels bilden nun Unzuträglichkeiten skandalösester Art. Der Abgeordnete Basly führte in der Kammer, ohne Widerspruch zu finden, an, daß man für die bestehenden, von den Besitzern verwalteten, rein privaten Kassen den Arbeitern zwanzig Jahre lang drei Prozent von ihrem Lohn abziehe und sie dann ohne jede Rückzahlung einfach entlassen könne. Er führte an, daß die Bergwerksverwaltungen die Krankenkassengelder für Messen, Kerzen und Läuten verausgabten oder es gar für sich selbst behielten. Er machte auf einen Fall aufmerksam, wonach einer Wittwe die Pension verweigert wurde, und ihr, falls sie Klage erhöbe, die Entlassung ihrer von der gleichen Gesellschaft beschäftigten Söhne angedroht wurde. Es ist einleuchtend, daß solche Vorkommnisse, die in Frankreich nicht zu den Seltenheiten gehören, böses Blut schaffen und den auch in Deutschland aufgetauchten Wunsch rege machen müssen, der Staat möge die Bergwerke in eigene Verwaltung übernehmen. Mag auch dieses Verlangen weit über das Ziel hinausschießen, so wird man doch den Eindruck gewinnen, daß die Antwort des Arbeitsministers Yves Guyot, die Minengesellschaften hätten ihre Menschenfreundlichkeit schon zu weit getrieben, das Gegentheil von Begeisterung erweckten. Um so erfreulicher ist es, daß der Ministerpräsident beim gleichen Anlaß die Nothwendigkeit einer großen Anzahl sozialer Wohlfahrtseinrichtungen zugab und namentlich für die endliche Erledigung des Hilfskassengesetzes, für die Errichtung von Schiedsgerichten, für ein Altersversorgungsgesetz und für die Einführung von Gesundheitsmaßregeln eintrat, daß er hiermit also sich auf den Boden der großen Botschaft Kaiser Wilhelms des Ersten und des Fürsten Bismarck stellte. Eine Folge dieses staatsmännischen Entgegenkommens ist bereits insofern eingetreten, als die widerhaarigen Grubenbesitzer sich entschlossen haben, ein gemeinsames Schiedsgericht unter Leitung der staatlichen Behörden zu beschicken und daß somit die endliche Beilegung des Streikes wenigstens in Aussicht genommen werden kann. Nicht unerwähnt jedoch darf bleiben, daß der Vertrauensmann der Bergleute, Jveneau, einen Aufruf an die auswärtigen, u. A. auch an die deutschen Bergarbeiter erließ, nicht mehr als den unbedingten Bedarf ihrer Com[illegible] zu fördern, um zu verhindern, daß fremde Kohlen in Frankreich eingeführt würden. Es liegt hierin ein Versuch vor, den in Brüssel so stark betonten Gesichtspunkt einer internationalen Solidarität der Gewerkschaften in praktische Geltung umzuziehen, zugleich aber auch ein Versuch, den Arbeitgebern den Daumen auf das Auge zu drücken, um sie in verstärkte Abhängigkeit von ihren Arbeitern zu bringen.

Die Berichte über die Bergarbeiterbewegung, welche nun schon seit Wochen halb Frankreich in Athem hält, treten neuerdings in den Spalten der Blätter zurück vor der Besprechung des Urtheils, welches gegen den Erzbischof Gouthe-Soulard von Aix gefällt worden ist. Der Sachverhalt, welcher der gegen ihn erhobenen Anklage zu Grunde liegt, dürfte noch kaum vergessen sein. Nach dem Skandal, welcher sich in den Straßen Roms an die Taktlosigkeit einiger französischer Pilger knüpfte, die im Pantheon das Andenken des Königs Viktor Emanuel beschimpften, hatte der französische Justizminister in einem Rundschreiben den Erzbischöfen und Bischöfen jede fernere Theilnahme an den Pilgerzügen nach Rom untersagt. Hierauf hatten mehrere aus ihren Reihen und in besonders markanter Weise der Erzbischof von Aix, ihrer widerstrebenden Ansicht zum Ausdruck verholfen und beleidigend einige kräftige Töne mit dem Herrn Minister geredet. Das Antwortschreiben des Herrn Gouthe-Soulard gerieth in die Spalten der Presse und nach mehrwöchentlichem Bedenken fühlte sich das Ministerium hierdurch so beleidigt, daß es Strafantrag gegen den geistlichen Hirten stellte. Jene Bedenken mögen ihre Wurzel hauptsächlich in der Sorge gefunden haben, daß der noch nicht gar lange erloschene Kulturkampf von Neuem entbrennen, die Konservativen das Tischtuch wieder zerschneiden und, da die Radikalen auch bedenklich verstimmt sind, der Regierung ernstliche Schwierigkeiten bereiten könnten. In diesem Sinne mahnten selbst gemäßigte liberale Blätter, die überdies vor der Wahrscheinlichkeit warnten, daß eine Verurtheilung des renitenten Geistlichen, die nach den Gesetzesparagraphen eine Freiheitsstrafe von zwei Wochen bis 3 Jahren einschließen müßte, denselben zum Märtyrer machen und den Klerikalen den Vorwand geben würde, die Republik der Intoleranz und der Kleinlichkeit anzuklagen. Die Verlegenheit war daher im Palais Elysee groß. Man kann nicht behaupten, daß sich die Regierung mit Glanz aus derselben gezogen hat. Geschimpft wird jetzt fast in allen Pariser Blättern und eigentlich überall mit Recht.

Es ist bereits gemeldet worden, daß Herr Gouthe-Soulard zu 3000 — nicht, wie es infolge eines Druckfehlers hieß, zu 8000 Frcs. — Geldstrafe verurtheilt wurde. Diese Strafe entspricht einerseits nicht dem Gesetz, andererseits erscheint sie bei der strengen Motivirung des Urtheils und bei der Ausschließung aller sachlich mildernden Umstände als unzukömmlich. Es ist klar, daß sich die Richter nicht von dem Rechtsgefühl, sondern von einem politischen Leitfaden bestimmen ließen, den ihnen die Regierung an die Hand gab. Man nahm jedenfalls im Elysee an, durch eine Geldstrafe sowohl die eigene Autorität zu wahren, als auch das Gefühl der Konservativen zu schonen, sintemalen die sogenannte „Berappungsarie" für Unbetheiligte nichts Melancholisches enthält. Während nun aber die Einen über die politisch beeinflußten Richter herfallen, schreien die Anderen über die Feigheit der Regierung, die es nicht wage, einen Erzbischof hinter Schloß und Riegel zu setzen. Das Merkwürdige an der ganzen Sache liegt noch darin, daß sonst von Politikern in der Presse ein ganz anderer Ton gegen die Minister angeschlagen zu werden pflegt, als es der Erzbischof von Aix that, daß man von ihnen als von Schuften, Henkern und dergl. redet, ohne eingesteckt zu werden. Richtig wäre es demnach gewesen, den Brief des genannten Geistlichen einfach zu ignoriren, und wenn die Regierung sich jetzt die Demonstrationen anschaut, welche von den Monarchisten und Klerikalen an die Verurtheilung geknüpft werden, so wird sie wohl selbst zu der Einsicht kommen, daß sie mit ihrem Vorgehen eine Riesendummheit begangen hat. Wie weit die ganze Angelegenheit noch ausgebeutet und ob sie vor allen Dingen die Folge haben wird, die heikle Frage der Trennung von Staat und Kirche in erneuten Fluß zu bringen, bleibt vorläufig abzuwarten. Vielleicht stolpert auch noch das ganze Kabinet darüber. Für die zahllosen Ehrgeizigen, die in Paris, namentlich in den Kammern, ihr Wesen treiben und die sich nach einem Ministerportefeuille sehnen, wie der Hirsch nach frischem Wasser, haben die gegenwärtigen Minister ohnehin schon viel zu lange am Futterkorbe der Macht gesessen.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. November.

**Berlin. Reichstag.** Auf der Tagesordnung 1. Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1892/93 in Verbindung mit dem Anleihe-Gesetz und dem Nachtrags-Etat 1891/92, ferner 1. Berathung des Gesetzentwurfs über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete. Staatssekretär des Reichsschatzamtes Frhr. v. Maltzahn giebt das übliche Finanz-Resumé. Das wirthschaftliche Ergebniß des Jahres 1890/91 sei erheblich von der im Vorjahre gegebenen Schätzung abgewichen. Der eigene Haushalt des Reichs schloß mit einem Ueberschuß von 15 Millionen (5 mehr, als im Vorjahre geschätzt wurde), die Ueberweisungen an die Einzelstaaten betrugen 80 Millionen mehr, als im Etat angesetzt. Ein gleich günstiges Ergebniß verspreche das laufende Etatsjahr nicht; der Fehlbetrag desselben läßt sich auf 8 Millionen schätzen. Die Mehrausgaben betragen 15½ Millionen, wovon der Hauptposten, 13 Millionen, auf den Militäretat entfalle. Die Brot- und Fourage-Verpflegung erfordert für das preußische Kontingent allein 6½ Millionen mehr. Das Auswärtige Amt und das Reichsamt des Innern sind mit etwa ½ Million betheiligt, doch kann sich der Antheil des Auswärtigen Amtes infolge der ostafrikanischen Vorgänge wohl noch höher stellen. Die Einnahme an Zöllen und Tabaksteuer verspreche 68½ Millionen mehr, die Branntweinverbrauchsabgabe 7½ Millionen. Der Stempel für Werthpapiere 1,7 Millionen weniger. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten werden hiernach auch im laufenden Jahre höher sein, als im Etat vorgesehen. Der Mehrertrag der Zölle wird sich vielleicht unter dem Einfluß der Handelsverträge niedriger als angegeben stellen. Da die Handelsverträge Zollermäßigungen im Gefolge haben, so ist für einige Monate vor deren Inkrafttreten eine Minder-Einfuhr zu erwarten. Der neue Etat für 1892/93 ist unter Berücksichtigung der knappen Finanzlage aufgestellt. Die Steigerung der aus ordentlichen Mitteln gedeckten Ausgaben ist deshalb keine hohe. Insbesondere war die Regierung nicht in der Lage, die Besoldungs-Aufbesserung der Beamten in diesem Etat wesentlich zu fördern. Die Steigerung der fortdauernden Ausgaben um 30½ Millionen ist zum Theil die Folge eingetretener Preissteigerung und bereits bestehender Gesetze: so sind beim Militäretat 7½ Millionen mehr für Naturalverpflegung, beim Etat des Innern 3 Millionen mehr infolge der Alters- und Invaliditätsversicherung angesetzt. Die Verzinsung der Reichsschuld erfordert 6,8 Millionen mehr. An wirklichen Neuforderungen sind bei den fortdauernden Ausgaben nicht viel über 6 Millionen eingestellt, darunter eine halbe Million beim auswärtigen Amt für geheime Ausgaben. Bei der Natur dieses Postens bittet er, die Erörterung desselben im Wesentlichen in die Kommission zu verlegen. Neuforderungen sind ferner gestellt: für Uebungen, Transportkosten und Munitionsbeschaffungen beim Heeresetat und für Personalvermehrung bei der Marine. Die ordentlichen Mehreinnahmen sind um 24 Millionen höher eingestellt. Da die Ueberweisungen an die Einzelstaaten um 19¾ Millionen höher sind und da eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um 5 Millionen erforderlich ist, so würden die Bundesstaaten um ca. 14 bis 15 Millionen besser gestellt sein, als im laufenden Etatsjahre. In Wirklichkeit wird sich das allerdings unter dem Einfluß der Handelsverträge anders gestalten. In der Presse sei ihm ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß der Etat die Wirkungen der Handelsverträge unberücksichtigt gelassen. Er sei über diesen Vorwurf erstaunt, denn der Etat sei auf Grund der bestehenden gesetzlichen Lage aufzustellen gewesen. Hätte derselbe die Wirkungen der Handelsverträge berücksichtigt, so würde dem Reichstage vorgegriffen sein, dem die Handelsverträge noch gar nicht einmal zugegangen sind. Die Höhe der durch die Handelsverträge zu erwachsenden Ausfälle vermöge er nicht anzugeben, da ihm auch für eine Wahrscheinlichkeits-Berechnung die Unterlagen fehlten. Mit der in Aussicht genommenen neuen Anleihe werde die Gesammtheit der Reichsschuld allerdings erheblich steigen, doch sei dies unumgänglich, wenn die Nothwendigkeit der Ausgaben anerkannt werde. Darüber, wann die Anleihe begeben werde, sei noch kein Beschluß gefaßt. Der neuliche Rückgang der 3prozentigen Anleihe war durch die Annahme veranlaßt, daß 200 Millionen neue Reichsanleihe in den nächsten Monaten auf den Markt geworfen werden sollten. Davon sei keine Rede. Für die nächsten Monate seien neue Anleihemittel nicht nöthig. Die Reichsverwaltung habe gegenwärtig ziemlich volle Kassen. Zur Begebung werde der Moment gewählt werden, welcher den Kreisen, die das Geld beschaffen sollen, am wenigsten unbequem ist. Ebensowenig könne er angeben, welcher Typus werde gewählt werden: der 3prozentige sei vor der Begebung der letzten Anleihe von den Sachverständigen als der einzig mögliche bezeichnet worden. Es heiße vielfach, derselbe sei veraltet und es könne nur noch der 4prozentige in Frage kommen, womöglich mit der Verpflichtung der Nichtkonvertirung in diesem Jahrhundert. Auf den 4prozentigen Typus könne er nur eingehen, wenn dem Reiche ein entsprechend hoher Begebungscours gesichert werde. Von einer Verpflichtung zur Nichtconvertirung könne aber keine Rede sein. So schlecht sei der Kredit des Deutschen Reiches nicht bestellt, als daß wir eine solche Verpflichtung eingehen müßten. (Beifall.) — Abg. Rickert (freis.) macht für den Ernst der gegenwärtigen Situation das Bismarck'sche System verantwortlich, mit dem leider nicht energisch gebrochen worden sei. Die Reichsschuld dürfe nicht weiter steigen. Die beständig fortschreitenden Rüstungen seien nicht zu ertragen. Deutschland wolle den Frieden und wir könnten und müßten jede Ausgabe für Militärzwecke, wenn sie nicht ganz dringend sei, ablehnen. Das gelte namentlich auch von Mehrausgaben für militärische Uebungen. Redner wünscht Auskunft über den Stand der Frage der 2jährigen Dienstzeit. Es scheine ja, als ob man in dieser Beziehung den Standpunkt der absoluten Negation aufgegeben habe. Die heutige Marine-Verwaltung lasse bestimmte Grundsätze vermissen, die einen Maßstab für die parlamentarische Beurtheilung ihrer Forderungen abgeben könnten. Er fordert ferner eine entschiedene Aenderung der Wirthschafts-Politik. Bei Einführung der Roggenzölle wurde erklärt, mit der Ermäßigung derselben würde keine 60 Tage gewartet werden, wenn der Roggenpreis auf 180 Mk. gestiegen sein würde. Heute bewegt sich der Roggenpreis schon längst um 240 Mk. Die Stimmung im Lande sei umgeschlagen, das bewiesen die Ergebnisse der Nachwahlen, besonders die in Stolp-Rauenburg. Redner schließt mit seiner Verurtheilung der Bismarck'schen Finanzpolitik und begrüßt die Handelsverträge. Die Absperrungspolitik habe für ganz Europa schädlich gewirkt. — Reichskanzler v. Caprivi: Es sei jetzt nicht zum ersten Male der Versuch gemacht worden, ihn als amtsmüde hinzustellen. Diesmal sei dies etwas verzuckert geschehen. Man habe die Hoffnung ausgesprochen, daß er der Armee als General erhalten bleiben werde; der betreffende Schriftsteller scheine zu glauben, daß eine Art Militärversorgungs-System für amtsmüde Beamte bestehe. (Heiterkeit.) Ich kann versichern, daß ich bei sorgfältiger Beobachtung keine Spur von Amtsmüdigkeit an mir finde. (Beifall.) Im letzten Jahre war freilich schwere Arbeit zu erledigen. Den Handelsverträgen stellten sich ungeahnte große Schwierigkeiten entgegen. Ich hoffe aber, die Verträge in der zweiten Dezemberwoche hier vorlegen zu können. (Beifall links.) Ich stehe hier auf Weisung des Kaisers und werde so lange stehen, als es Sr. Majestät gefällt. Es liegt eine Art Beunruhigungs-Bacillus in der Luft. Selbst angesehene Zeitungen scheinen diesen Bacillus heute als Reinkulturen zu züchten. (Heiterkeit.) Man spricht von einer schwankenden unsteten Politik der Regierung. Dazu liege kein Anlaß vor. Man sagt, die Regierung habe die Kartellpartei zertrümmert. Wir würden gern mit einer festen Gruppe zusammen weitergegangen sein und würden versucht haben, dieselbe auf alle staatserhaltenden Elemente zu erweitern. Der Verfall liege in inneren Motiven, nicht aber im bösen Willen oder der Ungeschicklichkeit der Regierung. Ein ungemein ergiebiges Gebiet bietet die auswärtige Politik für jene Beunruhigungs-Bestrebungen. Man weiß zwar nicht, was die Regierung thue, sagt aber, es wird schon nicht gut sein. Auch in der auswärtigen Politik rechne ich zu den wirksamsten Mitteln Wahrheit und Offenheit. (Beifall.) Eine günstige Constellation in Europa hat uns in Verbindung mit diesem Streben nach Offenheit in die Lage gesetzt, daß wir überhaupt wenig zu verhandeln gehabt haben. Aber der moderne Zeitungsleser verlangt, daß etwas los ist, und ist dies nicht der Fall, dann ist er unzufrieden und dann soll die Regierung schuld sein. Man hat behauptet, die russische Reise des deut-

Pfund's berühmte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.